

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) Stadtrat Manfred Schubnell (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. September 2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	15. Plenarsitzung Gemeinderat 19.10.2010 525 17 a öffentlich
Kombilösung: Status- und Risikobericht zur Umsetzung der Kombilösung		

1. Die Stadt als Gesellschafterin beauftragt die KASIG, dem Gemeinderat ab sofort zweimal jährlich einen aktuellen Status- und Risikobericht zur Umsetzung der Kombilösung vorzulegen.
2. Der Bericht macht Aussagen zu folgenden Fragestellungen:
 - Kostenentwicklung und Kostenprognose für das Gesamtprojekt mit Angabe der genehmigten und der noch nicht genehmigten, aber erwarteten Zuschüsse
 - aktueller Baufortschritt und bevorstehende Bauabschnitte bzw. Baustelleneinrichtungen
 - aktuelle und zu erwartende Einschränkungen für den Straßenbahnbetrieb, den Fahrrad-, Fußgänger- und Autoverkehr
 - aktuelle und zu erwartende Einschränkungen für Veranstaltungen, Feste und sonstige Events in der Innenstadt
 - Umsatzeinbußen und Entschädigungszahlungen für Geschäftsinhaber/-innen in der Innenstadt
 - Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Bevölkerung und für den Einzelhandel.
3. Der Bericht wird in öffentlicher Sitzung beraten.

Sachverhalt/Begründung:

Die Umsetzung des in Politik und Bevölkerung umstrittenen Großprojektes Kombilösung ist sowohl in ihren kurz- und mittelfristigen Auswirkungen auf das öffentliche Leben in der Innenstadt als auch in der finanziellen Dimension eine große Belastung für Karlsruhe. Deshalb dürfen die wesentlichen Informationen und

Entscheidungen dazu nicht nur hinter verschlossenen Türen im Aufsichtsrat behandelt werden.

Politik und Bevölkerung müssen wissen, was mit der Kombilösung auf sie zukommt, um bei Fehlentwicklungen sofort gegensteuern zu können. Bis heute liegen der Öffentlichkeit keine aktuellen Informationen zur Kostenentwicklung und zu den Folgekosten der Kombilösung vor. Auch ist nicht bekannt, wann der Ergänzungsantrag, dessen Bewilligung die Voraussetzung für eine Förderung des Gesamtprojekts durch Bund und Land ist, eingereicht und beantwortet werden soll.

Derzeit werden den Karlsruher/-innen große Beeinträchtigungen zugemutet. Ein solcher Zustand über mehrere Jahre ist nicht akzeptabel. Die Nutzung der Straßenbahnen ist derzeit nur mit Einschränkungen möglich. Die Umleitungen und Routeninformationen für den Radverkehr sind nicht ausreichend. Fußgänger/-innen und insbesondere Personen mit eingeschränkter Mobilität sind in der Kaiserstraße während der Bauzeit einem deutlich erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt.

Hinzu kommt, dass die Informationspolitik der KASIG nach wie vor unzureichend ist. Sich abzeichnende Risiken und auch baustellenbedingte Einschränkungen müssen dem Gemeinderat sowie der Öffentlichkeit rechtzeitig dargelegt werden. Ein vorausschauendes Baustellenmanagement mit frühzeitiger Einbindung und Information aller Beteiligten sind Mindestanforderungen, um zumindest die baubedingten Nachteile zu minimieren.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Johannes Honné

Manfred Schubnell

Hauptamt - Sitzungsdienste -

8. Oktober 2010